



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 21.07.2008

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 18:25 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender:

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder:

Herr Stadtrat Abele
Herr Stadtrat Aßfalg
Herr Stadtrat Braig
Herr Stadtrat Brenner
Frau Stadträtin Brunner
Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Deeng
Frau Stadträtin Drews
Herr Stadtrat Dullenkopf
Herr Stadtrat Etzinger
Frau Stadträtin Förg
Herr Stadtrat Funk
Herr Stadtrat Garlin
Herr Stadtrat Gehring
Frau Stadträtin Goeth
Herr Stadtrat Hagel
Frau Stadträtin Handtmann
Herr Stadtrat Herzhauser
Frau Stadträtin Kapfer
Herr Stadtrat Keil
Herr Stadtrat Kolesch
Frau Stadträtin Kübler
Herr Stadtrat Lemli
Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding
Herr Stadtrat Pfender
Herr Stadtrat Rieger
Herr Stadtrat Späh

ab TOP 7

Frau Stadträtin Vollmer
Herr Stadtrat Weber
Herr Stadtrat Wiest
Herr Stadtrat Zügel

Verwaltung:

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Kulturdezernent Dr. Biege ab TOP 6
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Fessler Ordnungsamt ab TOP 3
Herr Geiger, Rechnungsprüfungsamt
Herr Hiller, Organisationsstelle TOP 10
Herr Jäger, Liegenschaftsamt bis TOP 5
Herr Kuhlmann, Stadtplanungsamt
Frau Leonhardt, Kämmereiamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Ortsvorsteher Krause, Mettenberg
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Rechmann, Tiefbauamt
Herr Schilling, Stadtwerke Biberach GmbH ab TOP 7
Herr Simon, Hauptamt
Frau Spieler, Wohnungswirtschaft bis TOP 5
Herr Stark, Bildung, Betreuung und Sport TOP 1
Herr Erster Bürgermeister Wersch

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	Kindergartenbedarfsplanung und Kindergartenbericht 2007/08 und 2008/09	129/2008
2.	Annahme von Spenden für das 1. und 2. Quartal 2008	134/2008
3.	Bericht zur Entwicklung der Haushaltslage der Stadt Biberach zum 30.06.2008	139/2008
4.	Änderung des Wirtschaftsplans 2008 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach	116/2008
5.	Modernisierungsmaßnahme Hermann-Volz-Straße 33-37 - Vergabe Putz- und Stuckarbeiten und Verglasungsarbeiten	146/2008
6.	Sanierung der Brücke über den Wolfentalbach im Bereich der Tiefgarage Stadthalle/Kolpingstraße - Vorfinanzierung durch die Stadt Biberach	135/2008
7.	Umgestaltung der Museum-, Waaghausstraße und Bachgasse Freigabe des Entwurfs zur Ausschreibung der Bauarbeiten	136/2008
8.	Integration von Migrantinnen und Migranten in Biberach Auftragsvergabe Integrationskonzept	141/2008
9.	Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Stadtwerke Biberach GmbH	131/2008
10.	Lieferung von digitalen Kopier- und Drucksystemen gegen monatliches Entgelt (Miete) für die Stadtverwaltung Biberach - Vergabe nach EU-weiter Ausschreibung	138/2008
11.	Bekanntgaben	
11.1.	Bekanntgaben: Bilanz erstes Halbjahr	
11.2.	Bekanntgaben: Architekturausstellung	
12.	Verschiedenes	
12.1.	Verschiedenes: Bauplatzpreise Talfeld	
12.2.	Verschiedenes: Ausschilderung Hafemarkt	
12.3.	Verschiedenes: Landesgymnaestrada	
12.4.	Verschiedenes: Fahrgastinformationssystem	

Die Mitglieder wurden am 10.07.08 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 18.07.08 ortsüblich bekannt gegeben.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 129/2008 zur Beschlussfassung vor. Das Thema wurde im Gemeinderat am 07.07.08 nichtöffentlich beraten, ohne dass eine Beschlussempfehlung abgegeben wurde.

OB Fettback hebt die Besonderheit hervor, dass man in Biberach noch über die Zukunft derartiger Einrichtungen diskutieren könne. Außer Rißegg hätten alle Ortschaftsräte die Vorlage behandelt und zugestimmt.

EBM Wersch spricht der Lenkungsgruppe für die gute fachliche Vertretung und die Transparenz in den Gruppen seinen Dank aus, was die Arbeit erleichtere. Ebenfalls dankt er dem Team des Amtes für Bildung, Betreuung und Sport, an dessen Spitze Herrn Stark.

Die Vorlage habe unter anderem den weiteren Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Krippenentwicklung, die qualifizierte Bedarfsumfrage explizit zum Biberacher Bedarf, die Entwicklung des Kindergartens St. Michael sowie die starke Entwicklung im Kleinkinderbereich, das Thema Gebühren und Gebührengerechtigkeit und anderes mehr zum Thema. Die Qualitätsentwicklung gehe weiter, was zu steigendem Ressourcen- und damit Finanzbedarf führe. Der Bericht stelle auch ein Bekenntnis dar, dies weiterhin zu leisten und den Weg der Qualitätsverbesserung weiterzugehen.

OB Fettback macht noch darauf aufmerksam, dass die meisten Stellenanmeldungen zum Haushalt 2009 in diesem Bereich als Vollzug von Beschlüssen zu verzeichnen seien.

StR Abele dankt Herrn Stark und dem Amt für Bildung, Betreuung und Sport. Man wisse um die personellen Engpässe. Vorab spricht er die Zustimmung der CDU-Fraktion zur Vorlage an. Dann macht er ein paar grundsätzliche Anmerkungen. Der Bericht sei umfangreich, beschreibe die aktuelle Situation und dokumentiere dabei den guten Zustand. Die Verantwortlichen in Gemeinderat und Verwaltung sähen die Kinderbetreuung nicht nur als Schlagwort, sondern man trete für deren Verbesserung ein. Dies entspreche der CDU-Politik. Der Bericht zeige auch Entwicklungen auf. Man stelle 3 Mio. € zur Verfügung und der Abmangel steige trotz stagnierender Kinderzahlen seit 2003. In diesem Zusammenhang dankt er allen in diesem Bereich Tätigen, egal ob haupt- oder ehrenamtlich. Der Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz werde erfüllt, auch wenn es in Einzelbereichen zu Engpässen komme, was nach Auskunft der Verwaltung aber kein Problem darstelle, da man flexibel nach Einzelfalllösungen suche. Hierauf baue die CDU-Fraktion. Es sei auch ersichtlich, dass flexibel auf Bedürfnisse reagiert werde. Er bezeichnet eine wohnplatznahe Versorgung als wichtig. Sie habe sich bewährt. Dies hindere nicht, Einrichtungen, die nicht mehr sinnvoll seien, auf den Prüfstand zu stellen, wie dies in Ringschnait erfolgt sei. Er dankt für die hier gefundene gute, einvernehmliche Lösung. Auch in Rißegg müsse man die Zukunft der einzelnen Einrichtungen diskutieren. Ein weiteres Diskussionsfeld sei die Tatsache, dass unterschiedliche Gebühren für ähnliche Leistungen bezahlt würden. Dies gelte insbesondere im Verhältnis der Gebühren für Krippenplätze und im Vergleich dazu die Angebote für Kinder unter zwei Jahren. Krippen dürften aufgrund von Kostenunterschieden nicht ausbluten, wobei man eher an Gebührenenkungen denke. Als große Aufgabe bezeichnet er die Umfrage zur Bedarfsentwicklung. Diese sei zwingend erforderlich. Er weist in diesem Zusammenhang auch auf den im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gestellten Antrag zum Kleinkinderbedarfsplan hin. Die Umfrage müsse qualitativ durchgeführt werden, wobei man um die Schwierigkeiten derartiger Umfragen wisse. Eventuell könne man auch auf Grundprinzipien anderer Gemeinden zurückgreifen. Natürlich

könne man auch nicht jeden Kindergarten gleichzeitig entsprechend ertüchtigen, zumal wenn sich die Frage danach nicht stelle. Dies würde die Kosten unnötig erhöhen. Die Zusammenarbeit mit dem KBZO bezeichnet er als positiv.

StRin Kübler führt aus, die Weiterentwicklung im Kinderbetreuungsbereich erfolge in rasantem Tempo. Motor hierfür sei zu einem großen Anteil auch die Lenkungsgruppe, in der die Politik frühzeitig mitgenommen werde. Verantwortlich zeichneten aber auch gesetzliche Vorgaben wie im Kindergartenbetreuungsgesetz enthalten, sowie die wirtschaftlichen Voraussetzungen. Sie stellten an eine Kommune die Herausforderung, auch die weichen Standortfaktoren zu berücksichtigen. Die SPD-Fraktion stimme dem Bericht mit der Bitte zu, die Zahlen der Bedarfsplanung künftig realistischer zu schätzen. Dies bedeute, dass nicht nur der Rechtsanspruch dargestellt werden solle, sondern auch die darüber hinausgehenden Angebote wie beispielsweise die für unter Zweijährige. Zur Sicherstellung der Angebote benötige man ausreichend Personal, weshalb die Anrechnung von Praktikantinnen den richtigen Weg darstelle. Die Bedarfsumfrage sei überfällig. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen seien bedarfsorientierte Angebote wie Ganztagsbetreuung, flexible Öffnungszeiten und anderes mehr erforderlich. Auch sie bezeichnet die Zusammenarbeit mit dem KBZO als positiv und dankt den Verantwortlichen. Die Bildung der Kleingruppe im städtischen Kindergarten Rißegg werde auch als Ersatzmaßnahme für die Schließung des Kindergartens Rindenmoos angesehen. Die Gesamtsituation in Rißegg müsse man im Auge behalten. Generell sei Qualität wichtig, weshalb man gutes, qualifiziertes Personal benötige. Ebenso eine bedarfsgerechte Ausstattung, vielfältige und bezahlbare Angebote. Biberach nehme für die Kinderbetreuung viel Geld in die Hand. Dennoch sei es erforderlich, kinderreiche Familien zu unterstützen, damit keine Kinder von den Angeboten ausgeschlossen würden. Warthausen werde beispielsweise in diesem Jahr ihre Kindergartengebühren nicht erhöhen und sich nicht an die Rahmensätze halten. Sie erinnert an den SPD-Antrag vom Vorjahr, kinderreiche Familien zu entlasten, der abgelehnt worden sei. Man habe aber von der CDU-Fraktion die Aussage gehört, sich gemeinsam bei der Landesregierung für eine Beitragsfreiheit einzusetzen. Auf dem CDU-Landesparteitag sei beschlossen worden, dass es Aufgabe des Landes bleibe, zur Vorbereitung auf die Schule ein drittes verpflichtendes Kindergartenjahr einzuführen. Damit verbunden sei der Einstieg in die Beitragsfreiheit. Seit November 2007, als dies beschlossen worden sei, sei leider nichts Konkretes passiert. Um diesem Beschluss Nachdruck zu verleihen, halte die SPD-Fraktion eine gemeinsame Resolution für ein angebrachtes, zweckmäßiges Mittel zur zeitnahen Umsetzung dieses Parteitagsbeschlusses. Dabei denke man durchaus noch an das Jahr 2008, spätestens 2009. Sie erhebt dies zum **Antrag**. Man wolle keineswegs das Land aus der Verpflichtung nehmen.

OB Fettback kündigt an, den Antrag nach der Sommerpause abzuhandeln.

StRin Vollmer kündigt die Zustimmung der Freien Wähler an. Sie bezeichnet es als bedauerlich, dass man am Bildungsprojekt nicht mehr teilnehme. Sie lobt die Verantwortlichen des Kindergartens St. Michael für die Zusammenarbeit mit dem KBZO. Sie meint, es müsste einmal in der Schwäbischen Zeitung dargelegt werden, dass man schon bisher, aber auch künftig viel für Kinder in Biberach unternehme. Das Kinderhaus St. Nikolaus sei ausgezeichnet. Sie zeigt sich enttäuscht, dass zu diesem Tagesordnungspunkt nicht mehr Zuhörer anwesend sind. Sie fragt, was mit dem Gebäude geschehe, in dem bisher der Kindergarten Rindenmoos untergebracht gewesen sei. Ferner bittet sie mitzuteilen, wie viele Mehrkosten die dritte Gruppe im Kindergarten Mettenberg verursache.

StR Späh bemerkt, in der Lenkungsgruppe Kindergarten bestehe viel Konsens und man habe gute Vorarbeit geleistet. In der Bildungslandschaft und in der Kleinkinderbetreuung sei viel Dynamik,

der man sich stellen müsse. Er bringt sein Bedauern darüber zum Ausdruck, dass das Bildungshaus abgelehnt werde, da landesweit großes Interesse und Bedarf bestehe. Dies müsse man im Fokus behalten. Zu den Überlegungen der St. Elisabeth-Stiftung seien frühzeitige Informationen erforderlich, inwieweit die Stadt von den Planungen betroffen wäre. Planungen im Kleinkinderbereich seien nach der Öffnung der Angebote für unter Zweijährige noch schwieriger geworden. Es gebe teilweise unterschiedliche Anbieter und man müsse Strukturangleichungen erreichen, um nicht konkurrierende Angebote zu schaffen. Die Kostensteigerung in diesem Bereich sei hoch, aber auch die Grünen stünden zu diesen Entwicklungen, die einen großen Qualitätssprung bedeuteten. Der Sprachförderbericht wäre 2008 wünschenswert gewesen, es sei aber in Ordnung, dass er aufgrund der engen Personalsituation erst 2009 vorgelegt werde. Die Aufnahme des Waldorf-Kindergartens in den Kindergartenbericht fände er wichtig und dies sei auch zugesagt worden. Ebenso wichtig sei die geplante Bedarfsumfrage. Die Kooperation mit dem KBZO bezeichne er als positiv und fände weitere derartige Modelle sinnvoll. Die Schließung des Kindergartens in Rindenmoos habe er staunt. Zur Härtefallregelung, die er als wichtig bezeichne, müsse eruiert werden, inwieweit sie bei Betroffenen überhaupt bekannt sei.

StR Braig signalisiert Zustimmung zum Bericht, den man in vielen Sitzungen der Lenkungsgruppe einvernehmlich vorberaten habe. Der Abmangel steige und eine teilweise Refinanzierung über Rationalisierungen bei den Kindergärten sei daher richtig. Eingruppige Kindergärten böten viel Rationalisierungspotenzial und müssten zügig geschlossen werden. Zu präferieren seien dreigruppige Kindergärten, die am besten verwaltet werden könnten und die größten Möglichkeiten bei Öffnungszeiten und qualitativen Angeboten böten.

OV Meier lässt wissen, man habe den Kindergartenbericht in Rißegg noch nicht vorberaten, da die Sitzung auf den Hauptfesttag an Schützen gefallen wäre. Die Auflösung des Kindergartens in Rindenmoos sei von den Eltern gefordert worden.

EBM Wersch lässt wissen, die zukünftige Nutzung des Gebäudes in Rindenmoos sei noch offen. Vorstellbar sei eine Nutzung Richtung Dorfgemeinschaftshaus. Die Kosten für die dritte Gruppe in Mettenberg benenne er mit 22.000 € jährlich und für das Restjahr 2008 ca. 7.500 €. Der Waldorf-Kindergarten sei nicht im Bedarfsplan enthalten, da nur eine Gruppe berücksichtigt und gefördert werde, da die übrigen gemeindeübergreifend seien. Er verneine Konsequenzen bezüglich Landeszuschüssen, wenn ein Angebot nicht im Bedarfsplan auftauche.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Der Gemeinderat stimmt den Aussagen des Kindergartenberichts - wie in Anlage A zu Drucksache Nr. 129/2008 dargestellt - zu.**
- 2. Der geänderten Anrechnung der Anerkennungspraktikantinnen wird ab dem Kindergartenjahr 2008/09 zugestimmt.**
- 3. Der Durchführung einer externen Bedarfsumfrage zum qualitativen und quantitativen Bedarf an Kindertagesbetreuung wird zugestimmt.**
- 4. Die unter Ziff. I 10 der Drucksache Nr. 129/2008 dargestellten Sachkostenbudgets für die Jahre 2007 und 2008 werden genehmigt.**
- 5. Die Nachforderung des Hospitals für den platzbezogenen Zuschuss der Wohnsitzgemeinde nach dem KiTaG für die Jahre 2006 und 2007 im Gesamtbetrag von 271.510 € wird über-**

planmäßig auf der HHSt. 1.4649.700200.6 bewilligt. Die überplanmäßige Ausgabe ist gedeckt durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer in gleicher Höhe.

6. Der geänderten Ausbauplanung für den Ganztagesbetrieb wird zugestimmt, die für den Ganztagesbetrieb in den städt. Kindergärten Fünf Linden und Rißegg erforderlichen Personalstellen im Gesamtumfang von 1,57 Stellen werden bewilligt.
7. Der Kooperation zwischen dem Kindergarten St. Michael und dem KBZO-Kindergarten wird im dargestellten Umfang zugestimmt.
8. Im Kindergarten Ringschnait wird die 3. Gruppe befristet für das Kindergartenjahr 2008/09 wieder auf eine volle Gruppe aufgestockt.
9. Der Kindergarten Rindenmoos wird zum Ende des lfd. Kindergartenjahres 2007/08 geschlossen.
10. Im städt. Kindergarten Rißegg wird die 2. Gruppe ab Sept. 2008 als Kleingruppe, befristet für das Kindergartenjahr 2008/09, wieder geöffnet.
11. Im Kindergarten Mettenberg wird die 3. Gruppe befristet für das Kindergartenjahr 2008/09 als Regelgruppe geführt.
12. Die bestehende Härtefallregelung zu den Elternbeiträgen wird mit den Einkommensgrenzen von 24.000 €/Jahr für Alleinerziehende und 28.000 €/Jahr für Verheiratete unbefristet verlängert.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 134/2008 zur Beschlussfassung vor.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die in den Anlagen 1 und 2 von Drucksache Nr. 134/2008 aufgeführten Spenden werden angenommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 139/2008 zur Information vor.

StR Wiest führt aus, es bestehe die Gefahr, dass man sich an gute Nachrichten gewöhne, da man fantastische Haushaltszahlen gewohnt sei. Ins Auge falle, dass die Gewerbesteuer zum zweiten Quartal 14,45 Mio. € über dem Planansatz liege. Er fragt, welche Unbekannten noch bestünden, beispielsweise Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform. Die Energiekosten stiegen an. Er fragt, wann der Landeszuschuss für die Schulhausneubauten in Höhe von 6 Mio. € fließe. Zur Eigenkapitalausstattung der Stadtwerke Biberach meint er, mit den Parkhäusern habe man noch mit unbekanntem Ausgaben zu rechnen. Festzustellen sei eine Qualitätssteigerung bei den Kindergärten, die Neueinführung des Ganztagschulbetriebs und damit einhergehend auch steigende Personalkosten. Man blicke optimistisch in die Zukunft, solange keine drastischen Konjunktur einbrüche zu verzeichnen seien. Bei den Haushaltsplanberatungen müsse man überlegen, inwieweit nachhaltige Ausgabensteigerungen produziert würden, die den Verwaltungshaushalt belasteten. Man müsse auch langfristige Perspektiven ermitteln, um für eventuelle Einbrüche gerüstet zu sein, denn man lebe auf sehr hohem Niveau.

OB Fettback stellt klar, die Gewerbesteuermehreinnahmen seien die Bruttoangaben. Die Unternehmenssteuerreform werde nach ersten Erkenntnissen nicht negativ beeinflussen. Zur Eigenkapitalquote der Stadtwerke lässt er wissen, sobald man gesicherte Erkenntnisse über anstehende Investitionen bezüglich der Tiefgarage Museum habe, erfolge eine Entscheidung. Man habe zwei unabhängige Gutachten in Auftrag gegeben. Ein Ergebnis liege noch nicht vor.

StRin Kübler zieht eine positive Zwischenbilanz. Es sei gut, eine Reduzierung der Rücklagenentnahme zu überlegen, da die anstehenden Aufgaben finanzielle Kraft erforderten. Feststellbar seien die hohen Kosten im Kindergartenbereich und bei den Schulen, was die Prioritäten der Stadt im Bereich Bildung und Betreuung unterstreiche. Die Mehrausgaben im Personalbereich sehe man weniger dramatisch, da gute Arbeit auch entsprechend honoriert werden müsse. In vielen Bereichen seien höhere Energiekosten festzustellen, weshalb man konsequent über effiziente Alternativen nachdenken müsse. Die Hinhaltenaktik der Landesregierung bezüglich Zuschussauszahlungen bezeichne sie als ärgerlich.

StR Zügel meint, einen heimlichen Strukturwandel im Haushalt aus dem Bericht zu erkennen. Die steigenden Ausgaben im Personalhaushalt seien durch Investitionen in den Bereichen Bildung und Betreuung begründet. Auch er stelle steigende Energiekosten fest und bemängelt die fehlende Verlässlichkeit des Landes, was zu beträchtlichen Vorfinanzierungslasten führe, was nicht Aufgabe der Stadt sei. Als Besonderheit sei festzustellen, dass die Kostenspirale nur dann gut gehe, wenn die Gewerbesteuereinnahmen proportional zunähmen. Sollte dies einmal nicht möglich sein, seien die Möglichkeiten des Kämmers deutlich eingeschränkter als in früheren Jahren, da es sich um Kosten im Verwaltungshaushalt und nicht um einmalige Investitionen handle. Dies sei der heimliche Strukturwandel, der festzustellen sei.

StR Gehring bezeichne es als positiv, dass die Einnahmen deutlich im Plus seien. Man teile aber nicht die Einschätzung zur Konjunktorentwicklung. Die Entwicklung der Energiekosten habe massive Auswirkungen auf die Wirtschaft, was sich letztlich auch auf die Steuereinnahmen auswirke. Überhaupt bestünden einige Unsicherheiten, die den Haushaltsplan rasch stark durcheinander-

bringen könnten. Kostensteigerungen habe man nicht in der Hand, was sehr deutlich werde. Man müsse daher in Zukunft überlegen, ob nicht gezielte Investitionen getätigt werden müssten, um derartige Folgekosten zu senken. Dass sich die Investitionen im Personalbereich gelohnt hätten, habe sich ihm erst wieder gezeigt anhand der Leistungen des Baubetriebshofes, da bereits am Morgen nach Schützen ein Großteil des Mülls beseitigt gewesen sei.

Es wird applaudiert.

StR Funk erinnert daran, dass die FDP auch einen ersten Quartalsbericht gewünscht hätte, da die Steuerentwicklung entscheidend sei und man hier Entwicklungen frühzeitig erfahren müsse. Letztlich sei nur dieser Teil für ihn interessant. Er fragt, inwieweit die Abarbeitung der Haushaltsanträge gediehen sei und hält einen Zwischenbericht für erforderlich, ehe die nächsten Haushaltsberatungen anstünden. Die FDP wolle weiterhin Steuersenkungen. Man brauche einen Überblick weit über die mittelfristige Finanzplanung hinaus.

EBM Wersch zeigt auf, dass man in verschiedenen Bereichen durch Investitionen Vorsorge treffe, die langfristig zur Reduzierung laufender Kosten führten. 2008 bezeichne er als Spitze des Wachstums. Man merke daher auch nichts von Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform, müsse sich aber darauf einstellen, dass es langfristig nicht so weitergehe, da bei manchen Firmen durchaus mit zurückgehenden Steuereinnahmen zu rechnen sei. Risikovorsorge sei daher erforderlich.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 116/2008 zur Beschlussfassung vor. Gleichzeitig wird Tagesordnungspunkt 10 – Drucksache Nr. 146/2008 aufgerufen und diskutiert. Die Beschlussfassung ist beim folgenden Punkt festgehalten.

StR Dullenkopf bezeichnet die Maßnahmen als sinnvoll. Es seien viele Angebote eingegangen und die Verwaltung habe sicher die richtige Auswahl getroffen.

Auch StR Späh und StR Funk signalisieren Zustimmung. StR Funk führt noch aus, nur bestimmte Mieter profitierten von den Maßnahmen und auch die Förderprogramme seien entsprechend angelegt. Die FDP wolle aber Programme, die allen zugute kämen.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der als Anlage 1 von Drucksache Nr. 116/2008 beigefügten Änderung des Wirtschaftsplanes 2008 des Eigenbetriebs Wohnungswirtschaft Biberach wird zugestimmt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 146/2008 zur Beschlussfassung vor. Der Punkt wurde bereits im Zusammenhang mit Drucksache Nr. 116/2008 aufgerufen und diskutiert, was beim vorherigen Punkt protokolliert ist.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Die Ausführung der Putz- und Stuckarbeiten werden an die günstigste Bieterin, der Firma Rossaro GmbH & Co. KG, Schmaleich 2, 73406 Aalen, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 24.06.2008 in Höhe von 162.765,42 € vergeben.**

- 2. Die Ausführung der Verglasungsarbeiten werden an die günstigste Bieterin, der Firma EGE-Fenster GmbH & Co. KG, Wurzener Straße 93, 04668 Grimma, auf der Grundlage ihres Angebotes vom 24.06.2008 in Höhe von 104.753,32 € vergeben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 135/2008 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback lässt ergänzend wissen, auch hier handle es sich um eine Vorfinanzierung. Die Unschädlichkeitsbescheinigung liege vor und es sei angekündigt, dass man noch 2008 hierüber eine schriftliche Zusage erhalte.

StR Kolesch bemerkt, die Brücke sei sanierungsbedürftig und werde vom Land bezahlt. Es sei sinnvoll, die Maßnahme mit der städtischen Baustelle zu verbinden und alles in einem Zug umzusetzen, um Verkehrsbehinderungen einzudämmen und die Anwohner nicht zweimal zu belasten. Daher sei man bereit, die Zinsen für die Vorfinanzierung auf sich zu nehmen, um diesen Komfort zu erreichen. Er meint, das Land Baden-Württemberg bediene generell die Kommunen gut, mit am besten im Vergleich zu anderen Ländern.

OB Fettback erwidert, niemand sei gegen die Vorlage. Er empfinde es als starke Behauptung, dass Baden-Württemberg die Kommunen am besten von allen behandle. Es gebe Länder, die mehr machten, beispielsweise bezüglich der Bezuschussung von Mensaessen. Städte die es sich leisten könnten, gingen zunehmend in Vorfinanzierung, was negative Auswirkungen haben könne. In Biberach sei viel in der Vorfinanzierung, was kein Kommunalthema sei. Man sei sich einig darin, dass es um die Menschen vor Ort gehe und Vorfinanzierungen dann erfolgten, wenn man sie für vertretbar erachte.

StR Dr. Nuding erkundigt sich nach der Summe der Vorfinanzierungen und stellt die Zahlungsmoral des Landes infrage. Die SPD-Fraktion stimme zu, da man den Bürgern ein anderes Vorgehen nicht vermitteln könnte.

OB Fettback meint, die Summe dessen, was Biberach vorfinanziere, sei für alle interessant, sie zusammenzustellen bedeute aber viel Arbeit und müsse vom Kämmereiamt erledigt werden. Dort bestünden aber noch andere Prioritäten. Auf die Dauer der Maßnahme angesprochen lässt Herr Rechmann wissen, die Fertigstellung von Los 2, die Einbringung des Feinbelages, sei für den 17.11.08 nach dem vorläufigen Terminplan vorgesehen.

StR Weber meint, Vorfinanzierungen seien immer gewagt, in diesem Fall aber sinnvoll. Die Grünen stimmten zu.

Auch StR Braig hält dies für eine sinnvolle Vorfinanzierung angesichts der Wirtschaftskraft Biberachs. Problematisch sei, dass man staatliche Aufgaben übernehme.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Dem Regierungspräsidium Tübingen wird die Sanierung der Brücke über den Wolfentalbach im Bereich der Tiefgarage Stadthalle/Kolpingstraße (B 312) durch die Stadt Biberach zinslos vorfinanziert.**
- 2. Zur Finanzierung der Maßnahme werden 150.000 € außerplanmäßig im Vermögenshaushalt zur Verfügung gestellt. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügte Drucksache Nr. 136/2008 zur Beschlussfassung vor. Es ging ein Antrag der SPD-Fraktion ein, der dieser Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt ist.

BM Ogertschnig lässt wissen, nach der Bürgeranhörung sei ein Schreiben von Bürgern und Geschäftsleuten eingegangen, in dem die Quantität der Stellplätze weit oben angesiedelt werde. Man habe abweichend zur Vorlage eine Alternative mit zwei zusätzlichen Stellplätzen entwickelt. Er schildert die Situation. Ein zusätzlicher Stellplatz sei danach im Bereich Keinath vorgesehen. In der Museumsstraße seien bisher fünf Stellplätze vorgesehen, es könnte aber ein weiterer untergebracht werden, wenn man auf die Passage zwischen den Autos verzichte. Die Zahl auf dem Hafenplatz bliebe. Baute man den Behördenparkplatz im Bereich Bachgasse um, wäre auch noch ein weiterer Stellplatz möglich. Insgesamt hätte man so 41 + 2 und einen Stellplatz im Hinterkopf.

StR Kolesch gibt zu verstehen, die CDU-Fraktion begrüße den modifizierten Verwaltungsvorschlag als gute Lösung. Die Roßecke sei eine hervorragende gestalterische Idee und daher verzichte man dort auch auf Stellplätze. Die ausgesuchten Platten seien ok. Die CDU-Fraktion gehe davon aus, dass die ausgewiesenen Stellplätze auch funktionierten. Die zum Hafenplatz vorgebrachten Sicherheitsbedenken seien nicht nachvollziehbar. De Facto seien keine Unfälle bekannt und passieren könne immer etwas. Es sei keine Kurzparkzone gewollt, wie in der Vorlage dargelegt, sondern man wolle Stellplätze mit normalen Parkzeiten, die in Zone 1 üblich seien. Vorstellbar wäre allenfalls, zwei Plätze entsprechend auszuweisen.

StR Keil kritisiert, die planerische Fantasie habe am Hafenplatz Halt gemacht, der im Prinzip im bestehenden Zustand belassen werde. Dabei habe man viele Tiefgaragenstellplätze in der Nähe. Die Sorgen der Anlieger seien nachvollziehbar, man müsse aber mindestens genauso die Anliegen der Fußgänger ernst nehmen und die SPD-Fraktion meine, dass das Sicherheitsbedürfnis dagegen spreche, Parkplätze auf dem Hafenmarkt zu belassen. Der Verein BiberCard würde hierzu auch zustimmen und habe sicher ein fundiertes Interesse daran, die Stadt für Fußgänger attraktiv zu gestalten. Man stimme der Umgestaltung unter Berücksichtigung des SPD-Antrages zu.

StR Zügel bezeichnet das Votum der Anlieger als wichtig und maßgeblich. Attraktivität sei die Summe aus Gestaltung und Erreichbarkeit und so gesehen der Verwaltungsvorschlag richtig. Er gibt zu bedenken, dass die Parkplätze östlich des Museums breit genug sein müssten. Falls dies nicht der Fall wäre, wären die Freien Wähler bereit, auf einen Stellplatz zu verzichten. Die Parkgebühren auf dem Hafenplatz sollten gleich sein wie sonst in dieser Zone auch und keine neue Tarifzone geschaffen werden. Auch er bezeichnet einen begehbaren Belag als wichtig.

StR Weber zeigt sich erfreut über das Mehr an Wasser und Grün. Ein guter, rollatorfreundlicher Belag sei wichtig. Was den Hafenplatz betreffe sei unverständlich, dass die Gelegenheit, etwas Tolles zu schaffen, nicht genutzt und statt dessen gleich weiter gemacht werde wie bisher. Die Grünen wären dafür, ihn bis auf einen Behindertenstellplatz und Fahrradabstellplätze PKW-frei zu gestalten und stimmten dem SPD-Antrag zu.

StR Braig meint, Barrierefreiheit sei wichtig, was einen begehbaren und befahrbaren Belag erfordere. Die kleinformatischen Steine, die man im Norden der Stadt verlegt habe, seien wesentlich

leichter zu begehen und seien stabiler. Er gibt auch die unterschiedliche Geräusentwicklung der Beläge zu bedenken.

StR Funk hält eine Gesamtplanung des Areals inklusive des Behördenstellplatzes hinter dem Museum für erforderlich. Er spricht sich dagegen aus, den Hafenplatz stellplatzfrei zu gestalten und meint, Dienstleister und dort Wohnhafte benötigten Stellplätze.

StR Lemli meint, die Planung habe nichts mit einer attraktiven Innenstadtplanung zu tun. Man dürfe nicht jede attraktive Fläche mit Stellplätzen versehen, die auch mehr Verkehr bedeuteten. Man habe Parkhäuser gebaut, um die Innenstadt zu entlasten und den Park-Such-Verkehr einzudämmen. Er gibt den Sicherheitsaspekt auf dem Hafenplatz zu bedenken.

BM Ogertschnig lässt wissen, die Stellplätze würden entsprechend der Richtlinien ausgestaltet und seien 5,8 m statt 6 m breit, was in der Altstadt unproblematisch sei und in der Maßtoleranz liege.

Der Antrag der SPD-Fraktion wird bei 12 Ja-Stimmen (OB Fettback, StRe Brunner, Buttschardt, Drews, Gehring, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding, Späh, Weber) und restlichen Nein-Stimmen **abgelehnt**.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat mit 8 Nein-Stimmen (StRe Buttschardt, Drews, Funk, Kapfer, Keil, Kübler, Lemli, Dr. Nuding), 4 Enthaltungen (StRe Brunner, Gehring, Späh, Weber) und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

- 1. Der Entwurf (eine überarbeitete Fassung der Variante A des Vorentwurfs), Plan vom 24.07.2008 (Anlage 1) wird gebilligt und die Verwaltung beauftragt, die Werkplanung auszuarbeiten und die Ausschreibung der Baumaßnahmen durchzuführen.**
- 2. Der im Haushaltsplan 2008 für diese Maßnahme angebrachte Sperrvermerk wird aufgehoben.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 141/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Funk bringt vor, in der Sitzung des Integrationsausschusses habe man ein Ausstiegsszenario formuliert, das nicht in der Vorlage genannt werde.

OB Fettback erwidert, dieses werde vertraglich festgelegt. Man kläre bei welchem Modul dies sei und werde nach den Sommerferien berichten.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat bewilligt für die Erstellung des Integrationskonzeptes durch das imap-Institut, Leverkusen, Haushaltsmittel in Höhe von insgesamt 36.000 Euro. Davon entfällt für das Haushaltsjahr 2008 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 10.000 Euro. Die Deckung ist gewährleistet durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 131/2008 zur Beschlussfassung vor.

OB Fettback lässt wissen, der Aufsichtsrat habe die Zustimmung empfohlen.

StR Funk signalisiert Zustimmung, hat aber kritische Anmerkungen. Er meint, man hätte nichtöffentlich über manches diskutieren können. Aufgrund wechselnder Geschäftsführer mache dies aber keinen Sinn. Die von den Stadtwerken behauptete eigene Kasse und was alles geschultert werden könne entspreche nicht der Realität. Fakt sei, dass Stadt und Stadtwerke eine Kasse bilden und die Stadt immer bezahlen müsse. Im Jahresabschluss sei auch die Abschlagszahlung der e.wa riss enthalten, von deren Beschlüssen der Gemeinderat keine Kenntnis erhalte. Dies erfordere seines Erachtens eine Änderung. Ein großes Problem stelle die Nichtöffentlichkeit der Aufsichtsratssitzungen dar. Er sei beispielsweise von einem Stadtrat aus Kirchheim angerufen worden, die auch ein Gutachten zu einem Parkhaus in Auftrag geben wollten, habe sich aber nicht äußern können. Er habe keine Möglichkeit kommunaler Zusammenarbeit.

OB Fettback verdeutlicht, wenn Änderungen gewünscht würden, müssten diese beantragt werden.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH wird beauftragt, wie folgt zu beschließen:

- 1. Der Jahresabschluss 2007 wird, unter Berücksichtigung des Bestätigungsvermerkes vom 27.05.2008 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EversheimStuible Treuberater GmbH, festgestellt.**
- 2. Der Jahresverlust aus dem Jahresabschluss 2007 in Höhe von 1.975.613,46 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**
- 3. Geschäftsführung und Aufsichtsrat werden für das Geschäftsjahr 2007 entlastet.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 138/2008 zur Beschlussfassung vor.

StR Dullenkopf gibt zu verstehen, man müsse den Aussagen der Verwaltung glauben. Das Einsetzen eines Fachberaters bezeichnet er als richtig. Er fragt, ob mit der Vorlage eine Druckerkonsolidierung verbunden sei.

StRin Drews wirft die Frage auf, warum man den Auftrag nicht gesplittet habe, um eine EU-Ausschreibung zu umgehen. Dies werde von anderen Kommunen praktiziert. Nach ihrer Einschätzung der Anlage zur Vorlage werde eine Firma nicht nach der erweiterten Richtwertmethode beurteilt, sofern es sich hierbei nicht um einen Darstellungsfehler handle. Sie erbittet hierzu Informationen. Sie fragt, ob Scans in der Kalkulation enthalten seien und ob die Wartung berücksichtigt, dass Farbdruckgeräte einen höheren Verschleiß hätten. Ferner interessiert sie, ob alle Papierstärken, inklusive Karton und Tonpapier in unterschiedlichen Größen, verwendet werden könnten. Sie stellt infrage, ob angesichts der großen Entfernung des Anbieters Service richtig möglich sei und ob man hier einen Vergleich mit örtlichen Anbietern anstellen könne.

StR Rieger signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

StR Späh meint, man müsse mit der Zeit gehen. Er fragt, ob das Kopierverhalten analysiert und Mengen eventuell reduziert werden könnten. Ferner bittet er mitzuteilen, wie viele Geräte entfernt würden.

StR Funk meint, das Ergebnis und die Richtung der Ausschreibung stimmten bedenklich. Die Firma Konica, die letztes Mal an der Spitze gelegen habe, habe diesmal gar kein Angebot abgegeben und eine Firma sei nicht zum Zug gekommen, obwohl sie das günstigste Angebot abgegeben habe. Er finde es bedenklich, wenn eine Ausschreibung 119 Seiten umfasse. Es sollten Ausschreibungen gelingen, die Firmen vor Ort die Möglichkeit gäben, Angebote abzugeben. Ansonsten laufe man Gefahr, irgendwann gar keine Kopierlieferanten mehr vor Ort zu haben.

Herr Simon lässt wissen, 57 Geräte würde man bis zur nächsten Ausschreibung haben. Mit Konsolidierung sei gemeint, dass man künftig auf weniger genutzte Geräte verzichte. Es bestehe die Absicht, tendenziell die Kopiereranzahl zu verringern. Ein Splitting des Auftrages sei eigentlich nicht erlaubt. Zudem bestehe die Tendenz, je größer ein Auftrag sei, desto günstiger werde das Angebot. Man habe alle Firmen gleich bewertet und bei dem von StRin Drews angesprochenen Fall handle es sich um eine falsche Tabellendarstellung. Der Wartungsvertrag sei all inclusive.

Herr Hiller fügt an, sämtliche Verbrauchsmittel würden spitz abgerechnet.

Herr Simon fährt fort, bisher angemietete Geräte würden entfernt. Man habe die Kosten der Ausschreibung nicht mit der Arbeitszeit der Mitarbeiter erfasst. Die Beraterkosten beliefen sich auf ca. 1.000 € pro Tag.

StRin Drews meint, man könnte Jahresverträge ausschreiben mit Verlängerungsoption und so die EU-weite Ausschreibung umgehen.

Herr Simon bestätigt auf Frage, dass zwei zeitversetzte Ausschreibungen stattfänden, die der Großkopierer also losgelöst sei, da es sich hier um einen anderen Markt handle.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat bei 2 Nein-Stimmen (StRe Braig, Funk), 2 Enthaltungen und restlichen Ja-Stimmen folgenden

Beschluss:

Lieferung, Roll-out- und Betriebslogistik von 57 digitalen Kopier- und Drucksystemen für die Stadt (Verwaltung, Schulen und von der Stadt betreute Organisationen) werden gegen monatliches Entgelt an die Firma Ricoh Deutschland, Ringstraße 70, 70736 Fellbach, vergeben. Bei einer Laufzeit von 60 Monaten betragen die Kosten einschließlich Mehrwertsteuer 428.944,78 €.

TOP 11.1 Bekanntgaben: Bilanz erstes Halbjahr

OB Fettback dankt für das erste Halbjahr, in dem man dem Gemeinderat viel zugemutet habe. Vieles stehe noch an. Überwiegend sei klar, dass es keine böse Absicht sei, den Gemeinderat über Gebühr zu belasten. Es laufe viel und es sei ein sehr arbeitsintensives Jahr. Es hätten viele Stellenausschreibungen stattgefunden, was viel Zeit gekostet habe.

Das Schützenfest sei eine Besonderheit und er bezeichne es als Sozialkapital aufgrund des hohen ehrenamtlichen Einsatzes. Eine Delegation aus Singen habe Biberach besucht, um das Hallenbad zu besichtigen. Dabei habe man erfahren, dass sie für ein Bad gleichen Standards 1,5 Mio. € mehr ausgeben.

Er dankt den Mitarbeitern, auch denjenigen, die viel im Hintergrund arbeiteten. Als Beispiel nennt er die Arbeit der Sekretariate speziell an Schützen.

Es hätten auch viele Sonderveranstaltungen stattgefunden, die man nicht zum Nulltarif erhalte, auch wenn sie eine tolle Werbung für die Stadt darstellten. Er dankt den Schützendirektoren, den Schützenbeiräten und allen Helfern für das an und um Schützen Geleistete. Die Straftaten hätten tendenziell abgenommen, es habe aber auch schwere Straftaten gegeben.

Abschließend wünscht er allen schöne Sommerferien und eine gute Erholung.

Es wird applaudiert.

TOP 11.2 Bekanntgaben: Architekturausstellung

BM Ogertschnig macht auf die aktuelle Architekturausstellung im Rathausfoyer aufmerksam. Aus knapp 40 Einreichungen habe man 15 ausgesucht, die 2009 in die Landesauswahl gingen.

TOP 12.1 Verschiedenes: Bauplatzpreise Talfeld

StR Keil bringt an EBM Wersch und BM Ogertschnig die Bitte vor, die Preise für das Talfeld zu fixieren. Man habe viele Interessenten. Die Architekten stünden seines Wissens Gewähr bei Fuß und seines Erachtens sollte in der ersten Sitzung nach den Sommerferien zumindest in die Diskussion eingestiegen werden. Die Preise seien in Konkurrenz zum Umland zu sehen.

OB Fettback lässt wissen, die Grundstückspreisfestlegung für das Talfeld könne erst erfolgen, wenn die Erschließungskosten klar seien. Hier laufe die Ausschreibung.

TOP 12.2 Verschiedenes: Ausschilderung Hafenmarkt

StR Keil macht darauf aufmerksam, dass kein Schild den Hafenmarkt als solchen ausweise.

StR Zügel wirft ein, es handle sich nur um eine umgangssprachliche Bezeichnung.

TOP 12.3 Verschiedenes: Landesgymnaestrada

StRin Drews bringt vor, sie sei von Kindergärten und einigen Schulen gebeten worden, möglichst rasch über die Gymnaestrada und was geplant sei zu informieren. In der letzten Ferienwoche finde die Planung der Aktionen in den Schulen statt.

TOP 12.4 Verschiedenes: Fahrgastinformationssystem

StR Funk äußert die Vermutung, die Bahn werde gegen den Vorschlag von StR Abele, den der Gemeinderat beschlossen habe, arbeiten. Das Regionalbüro in Ulm schlage etwas anderes vor. Ehe man wieder eine negative Meldung der Bahn erhalte, bitte er um parallele Arbeit des Baudezernates. Das Regionalbüro wäre interessiert, Biberach zu empfangen. Er kündigt an, hierzu Informationen zu verteilen.

Gemeinderat, 21.07.2008, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Buttschardt
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig